

Energiewende wird noch teurer

Parteispitzen der großen Koalition verzichten auf Strafabgabe für große Kohlekraftwerke

Berlin (dpa) Auf Verbraucher und den Mittelstand kommen neue Milliarden-Kosten bei der Energiewende zu. Die Parteispitzen der großen Koalition vereinbarten in der Nacht zu gestern, auf die umstrittene Strafabgabe für alte Kohlekraftwerke zu verzichten, mit der der Ausstoß von Kohlendioxid reduziert werden sollte.

Um die Klimaziele dennoch zu erreichen, setzen Union und SPD nun auf einen Maßnahmen-Mix und weitere Steuermilliarden. Die Zusatzkosten bis 2020 belaufen sich auf mehr als



Wasserdampf steigt aus den Kühltürmen des Vattenfall-Braunkohlekraftwerks in Jämschwalde (Brandenburg). Foto: Pleul

zehn Milliarden Euro. Opposition und Umweltschützer kritisierten den Kompromiss. Die Gewerkschaft IG BCE sowie Bundesländer mit Braunkohle-Förderung reagierten dagegen erleichtert. Aus Sicht der Industrie kann nun die Blockade beendet und Investitionssicherheit geschaffen werden. Die Aktien des Kohlekonzerns RWE legten teils um knapp fünf Prozent zu. Die bisher von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) favorisierte Kohleabgabe ist mit dem Kompromiss endgültig vom Tisch. Stattdessen sollen Braunkohle Kraftwerke zwischen 2017 und 2020 vom Netz genommen und als Kapazitätsreserve aufgebaut werden. Dafür erhalten Konzerne Prämien. Damit hat sich eine breite Lobby aus Gewerkschaften, Industrie, Ländern, Union und Teilen der SPD durchgesetzt. Die Parteispitzen einigten sich auch beim Ausbau der Stromnetze. Um Bayerns Ministerpräsidenten Horst Seehofer (CSU) entgegenzukommen, sollen bei den großen neuen Nord-Süd-Stromautobahnen stärker bestehende Trassen genutzt werden. Auch sollen teure Erdkabel vorrangig verlegt werden. Die Förderung umweltfreundlicher Anlagen zur Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) soll von heute 0,5 Milliarden auf 1,5 Milliarden Euro angehoben werden. Das müssen vor allem private Stromkunden und Mittelstand über eine höhere KWK-Umlage bezahlen. Wie stark das den Strompreis belastet, sei noch offen: „Das kann ich Ihnen nicht in 0,0 Cent sagen“, erklärte Gabriel. Die Ergebnisse des fünfständigen Spitzentreffens bewertete der Vizekanzler als einen „historischen Pakt für neuen Wohlstand“. Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter sprach dagegen von einer Bankrotterklärung: „Der Deal ist schmutzig und teuer.“ Eva Bulling-Schröter von den Linken erklärte, Gabriel müsse sein kluges Konzept zu Grabe tragen: „Stattdessen vergoldet die Bundesregierung die Stilllegung einer Hand voll Dreckschleudern von RWE, Vattenfall und Mibrag.“ Greenpeace-Experte Tobias Münchmeyer sagte: „Merkel hat ihr Klimaversprechen von Elmau gebrochen.“ Statt wie beim G7 Gipfel angekündigt den Ausstieg aus der Kohle einzuleiten, lasse die Kanzlerin alle Träume der Kraftwerksbetreiber wahr werden. Kritik kam vom schleswig-holsteinischen Umweltminister Robert Habeck. Die Vereinbarungen seien völlig unzureichend. „Der sogenannte Energiegipfel war in Wahrheit eine Talfahrt“, sagte der Grünen-Politiker der Deutschen Presse-Agentur. „Vor allem bei den Klimaschutzzielen zeigen Merkel, Seehofer und Gabriel, was eine große Koalition alles nicht zustande bringt.“ Statt einer Belastung für schädliche CO₂-Emissionen gebe es jetzt eine Belohnung.